

VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgeklärt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Stadtvertretung vom 16.03.2016. Der endgültige Beschluss der Aufstellung ist am 25.05.2016 erfolgt.
2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 Abs. 1 des LPlG M-V beteiligt worden.

3. Die Stadtvertretung hat am 16.03.2016 beschlossen, den Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25.2 für das Gebiet "Sanierungsgebiet Mittelalterlicher Stadtkern" mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

4. Die von der Planung beschriebenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Berange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 11. Juni 2013 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Dabei wurden sie über die öffentliche Auslegung informiert.

5. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25.2 für das Gebiet "Sanierungsgebiet Mittelalterlicher Stadtkern", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und der Begründung haben in der Zeit vom 02.05.2016 bis einschließlich 04.07.2016 im Amt Plau am See, im Rathaus, im Bürgerbüro, öffentlich ausgestellt. Der Entwurf ist dem Bürger am See, im Rathaus, im Bürgerbüro, öffentlich ausgestellt. Die öffentliche Auslegung ist im Amtsblatt "Plauer Zeitung" am 25.05.2016 und im Internet unter www.amt-plau.de/bekanntmachungen mit folgenden Hinweisen öffentlich bekannt gemacht worden:
- dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können und
 - dass nicht fristgerecht vorgebrachte Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können.
- Plau am See, 22.05.16

Der Bürgermeister

6. Die Stadtvertretung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Berange gemäß § 3 Abs. 2 § 4 Abs. 2 BauGB am 27.07.2016 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

7. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25.2 für das Gebiet "Sanierungsgebiet Mittelalterlicher Stadtkern", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 27.07.2016 von der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

Plau am See, 22.05.16

Der Bürgermeister

8. Der katastermäßige Bestand am 22.07.2016 wird für den Änderungsbereich als richtig dargestellt. Hinsichtlich der räumlichen Darstellung der Grundstücke und der Flächennummern (ALN) auf der Digitalisierungsgrundlage im Maßstab 1 : 10000 abgeleitet wurde und daher Ungenauigkeiten aufweisen kann. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

Schwerin, 22.07.2016

Der Bürgermeister

9. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der beigefügten Begründung, wird hiermit ausgeteilt.

Plau am See, 22.05.16

Der Bürgermeister

10. Der Beschluss der Satzung sowie die Stelle, bei der die Satzung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 27.07.2016, gemäß Hauptsatzung im Amtsblatt "Plauer Zeitung" bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf Rechtsbehelfe (§ 215 Abs. 2 BauGB und § 5 Kommunalverfassung M-V) und weiter auf die Fälligkeit und das Erlöschen von Einspruchsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden.

Plau am See, 22.05.16

Der Bürgermeister

11. Die Satzung über die 3. Änderung des Bebauungsplanes ist gemäß § 5 Abs. 4 KV M-V nach Ausfertigung und Bekanntmachung der Rechtsaufsichtsbehörde (Kommunalaufsicht) angezeigt worden.

Plau am See, 22.05.16

Der Bürgermeister

Satzung der Stadt Plau am See über die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25.2 für das "Sanierungsgebiet Mittelalterlicher Stadtkern" nach § 13a im beschleunigten Verfahren

PLANZEICHENERKLÄRUNG

FESTSETZUNGEN
ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 11 BauVO)

Bestand 3. Änderung

WB

WA1

SO 1

SO 5

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauVO)

GRZ 0,6

I II

a

BAUWEISE BAULICHEN BAUGRENZEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauVO)

Baulinie

Baugrenze

Festsetzung

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen § 9 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 6 BauGB

Flächen für Gemeinbedarf

GRÜNLÄCHEN
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Grundflächen

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELN, MASSNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Gestrüchern und sonstigen Pflanzungen, sowie von Gewässern
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)

Erhaltung

Bäume

Sträucher

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)

Agrenzung unterschiedlicher Nutzung, z. B. von Baugruben, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugrubens (§ 1 Abs. 4, § 16 Abs. 5 BauGB)

Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 u. Abs. 6 BauGB)

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER

Haupt-/ Nebengebäude

Flurstücksgrenzen

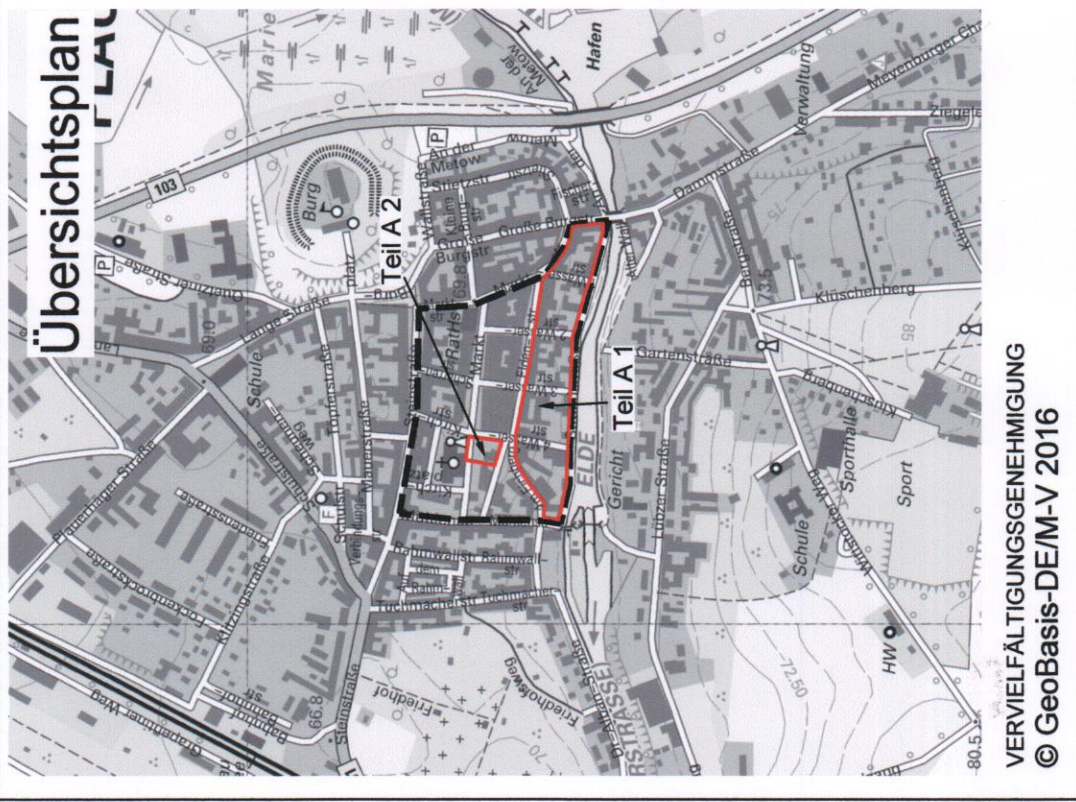
Flurstücksnr.

Bemerkung

entfallende Festsetzungen

1:500

437



VERVIELFÄLTIGUNGSEINGANGUNG
© Geo-DEIMA 2016

Teil B-Text für Teil A 1

1. Art und Maß der baulichen Nutzung
Gemäß § 1 Abs. 3 BauVO i.V.m. § 11 BauVO wird festgesetzt, dass in den Sondergebieten mit den laufenden Nummern 1 und 2 sonstige gewerbliche Dienstleistungen, Ferienwohnungen und Dauerwohnungen nur in den Obergeschossen zulässig sind.

- 1.9 Gemäß § 1 Abs. 5 BauVO und § 11 BauVO werden Boardinghäuser ausgeschlossen.

3. Flächen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen
Stellplätze und überdeckte Stellplätze sind ausschließlich für Anwohner und nur außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Zusätzlich zu Stellplätzen sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Stellplätze für Gäste der gastronomischen Einrichtungen sind innerhalb des Geltungsbereiches unzulässig.

5. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes

- 5.1 Anlagen für Außenklimatisierung sind ohne Ausnahme nur an der jeweiligen Erschließungsstraße zugewandten Gebäudeseiten zulässig. Innerhalb der Biotopbereiche sind keine Anlagen für die Außenklimatisierung zulässig.

6. Öffentliche Bauvorschriften

- 6.1 Für die festgesetzten allgemeinen Wohngebiete gilt:
6.1.1 Die Dächer der Hauptgebäude sind als symmetrische Satteldächer oder als Krüppelwalmdächer auszubilden. Die zulässige Dachneigung bei Dächern der Hauptgebäude beträgt 36° bis 50°. Ausgenommen sind bauliche Anlagen nach § 12 BauVO (Carports) und nach § 14 BauVO (untergeordnete Nebenanlagen - z.B. Wintergärten, Erker, Kellereingänge) sowie sonstige Anlagen.

- 6.1.3 Die Dächer der Hauptgebäude sind mit Platten oder Überschwanzdeckungen in den Farben rotbraun bis ziegelrot einzudecken. Glänzende reflektierende Deckungsmaterialien (z.B. glänzende oder gläserne Deckungsmaterialien) sind nicht zulässig. Die Deckungsmaterialien der Gebäude müssen die Anforderungen an die Energieeffizienz nach § 12a Abs. 1 Nr. 1a EnEV 2009 und im Übrigen die Anforderungen an die Energieeffizienz nach § 12a Abs. 1 Nr. 1a EnEV 2009 erfüllen.

- 6.1.6 Liegende Dachfenster und Antennenanlagen sind nur auf den straßenabgewandten Seiten zulässig. Dachfenster sind nur auf der straßenabgewandten Seite mit jeweils einem maximalen Blendrahmenmaß von 78 x 55 cm zulässig.

- 6.2 Für die festgesetzten Sondergebiete gilt:

- 6.2.1 Bei eingeschossigen Gebäuden sind die Dächer der Hauptgebäude als symmetrische Satteldächer, versetzte Satteldächer oder als Krüppelwalmdächer auszubilden. Die zulässige Dachneigung beträgt 36° bis 50°. Ausgenommen sind bauliche Anlagen nach § 12 BauVO (Carports) und nach § 14 BauVO (untergeordnete Nebenanlagen - z.B. Wintergärten, Erker, Kellereingänge) sowie sonstige Anlagen.

- 6.2.2 Bei zweigeschossigen Gebäuden sind die Dächer der Hauptgebäude als symmetrische Satteldächer, versetzte Satteldächer oder als Krüppelwalmdächer auszubilden. Die zulässige Dachneigung darf von den unter Punkt 6.2.1 genannten Gradzahlen abweichen. Ausgenommen sind bauliche Anlagen nach § 12 BauVO (Carports) und nach § 14 BauVO (untergeordnete Nebenanlagen - z.B. Wintergärten, Erker, Kellereingänge) sowie sonstige Anlagen.

7. Nachträgliche Übernahme gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

Die Änderungsbereiche liegen im 50,00 m - Gewässerschuttsstreifen.
Die übrigen Festsetzungen im Teil B-Text aus der 2. Änderung des B-Planes Nr. 25.2 bleiben weiterhin gültig.

Teil B-Text für Planzeichnung Teil A 2

- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Anpflanzen und Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

1. Die Grünfläche um die Kirche ist landschaftsgemäß zu gestalten.

2. Entlang der Grundstücksgrenze im Süden im Bereich des neuen VC-Gebäudes ist eine Sichthecke aus Halbbuche (Carpinus betulus) in der Qualität Heckeplanke 2x verpflanzt. Höhe 100-125 cm, zu pflanzen, zu pflegen und auf Dauer als Sichthecke zu unterhalten. Am Weg zur Erschließung des VC-Gebäudes sind 5 St. Weißdorn (Crataegus x prunifolia) in der Qualität Heckeplanke 3x verpflanzt, STU mind 14-16 cm, zu pflanzen, zu pflegen und auf Dauer zu unterhalten.

- Die übrigen Festsetzungen im Teil B-Text aus der 1. Änderung des B-Planes Nr. 25.2 bleiben weiterhin gültig.

Artschutzrechtliche Hinweise zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25.2 für Planzeichnung Teil A 1 und Teil A 2

1. Eine abschließende artschutzrechtliche Prüfung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG hat auf der Vorhabenene (Bauantrag / Umzugsantrag o.ä.) zu erfolgen und ist den Antragsunterlagen beizufügen. Im Zuge der Betriebsprüfung festgesetzte vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (ICF-Maßnahmen) sind vor Baubeginn zu realisieren.

2. Vor Sanierungen / Umbauten / Abriss der Gebäude ist eine Betroffenheitsprüfung für die Gebäudebewohnende Brutvogelarten / Fledermäuse vorzunehmen.

3. Bei Sanierungen / Neubauten sind zugunsten der Brutvogelarten der Freiflächen und Gehölze Gehölzrodungen nur im Zeitraum von 1 Oktober bis 29 Februar zulässig.

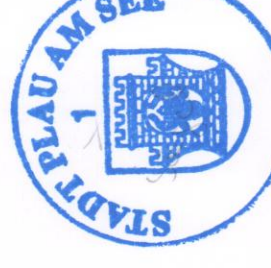
Allgemeine Artschutzrechtliche Hinweise

Zur Minimierung der Beeinträchtigungen für die Brutvogelarten der Freiflächen und Gebäude, sollte der Beginn von maßgeblichen Bauarbeiten (Gebäudeabriss bzw. Umbau Neubauten) in der Zeit vom 1. September bis 15. März erfolgen. Zur Minimierung der Beeinträchtigungen für die Brutvogelarten, die in Gehölzen und Gebüsch brüten, ist ebenfalls dieses Zeitfenster zu beachten.

Bei Erdarbeiten ist darauf zu achten, dass steile Böschungen vermieden werden bzw. die Kabeigräben schnellstmöglich zu verschließen sind und vorher eventuell hereingefallene Tiere (Amphibien, Reptilien usw.) aus den Gräben zu entfernen sind.

Der Gebäudeabriss bzw. Umbau sollte in der Zeit von September bis März begonnen werden, um eine Beeinträchtigung eventuell vorhandener Übergangsquartiere bzw. Tageshangplätze grundsätzlich auszuschließen.

abzugsexemplar
vom 27.07.16
RUS
Plan am See, 22.05.16



Rechtsverbindlich:	
genehmigungsfähige Planfassung:	1. Juli 2016
Entwurf:	März 2016
Vorentwurf:	
Planungsstand	Datum:

Satzung der Stadt Plau am See
über die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25.2
für das Sanierungsgebiet Mittelalterlicher Stadtkern
nach § 13a im beschleunigten Verfahren

Kartengrundlage:	Ausschnitt 1. Änderung u. 2. Änderung Bau- und Landschaftsplanung Bau- und Landschaftsplanung Bau- und Landschaftsplanung
Gemarkung:	Plau am See
Flur:	20
Maßstab:	1:500